

Stets war Harster, der jetzt in München wegen der Judenmorde in Holland vor Gericht steht, ein treuer Diener der Obrigkeit

# Buchhalter des Todes

Von unserem Redaktionsmitglied Arne Boyer

München, Anfang Februar

Wenn Autofahrer an Kreuzungen schon bei Gelb aufs Gaspedal treten, packte ihn der Zorn. Nichts, betonte der damalige Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Harster (62) bei mitleidigen Kantinengesprächen im Kreise anderer Beamter, nichts rege ihn so auf, wie Rücksichtslosigkeit im Verkehr. Jahre später wurde der gleiche Dr. Harster verhaftet. Und nun wird ihm in München der Prozeß gemacht. Wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord in 82 856 Fällen, begangen an holländischen Juden, geschehen lange bevor sich Dr. Harster über die Disziplinlosigkeit anderer Autofahrer ärgerte.

Seine Kollegen von der Mittagsrunde im Gebäude der Regierung von Oberbayern sind ratlos. Ihr einziger Kommentar: „Ja, wie war denn das möglich?“ Schadenfreude regte sich nicht bei ihnen, denn Dr. Wilhelm Harster, Referent für Gemeindefinanzen bei der Bezirksregierung für Oberbayern, war stets das korrekte Vorbild eines pflichtbewußten, nach unten und oben Gerechtigkeit übenden deutschen Beamten.

Die Ratlosigkeit der Mittagsrunde und vieler Millionen anderer Deutscher kann sich in — längst fällige — Erkenntnis umwandeln. Wie kaum ein NS-Verbrecherprozeß auf deutschem Boden vorher, vermittelt das am 23. Januar vor dem Landgericht München II begonnene Verfahren gegen Dr. Wilhelm Harster, Wilhelm Zoepf (58) und Gertrud Slottke (64) Einblick in das Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie des Dritten Reiches.

Nicht die Bogers mit ihren Todeschaukeln, nicht Sadisten saßen an den Schallbänken des millionenfachen Mordes, sondern fähige Verwaltungsbeamte, vom Staat gerufen, dem Staate dienend. Angeklagte wie Dr. Harster, Zoepf und Slottke sind nicht wegen krimineller Persönlichkeitsmerkmale interessant — sie sind aufschlußreiche Beweise moralischen Verfalls im Gleichschritt staatlicher Macht.

Die Bindung an den Staat war Wilhelm Harster schon in die Wiege gelegt. Sie wurde für ihn Richtschnur und Schicksal seines Lebens. In Kelheim/Donau als Sohn eines „stark national geprägten Mannes von außerordentlicher Disziplin“ geboren, wuchs Harster völlig im Banne unverrückbarer Werte auf. Schon früh erfuhr er in seinem Elternhaus die Grenzen zwischen „Gut“ und „Böse“. Gut

war, was die Gesetze bestimmten, böse war, wer sie brach.

Harsters Vater war einer der bekanntesten Kriminalisten des deutschen Kaiserreichs. Als Leiter des Erkennungsdienstes im Polizeipräsidium München, führte er die moderne Spurensicherung und das System der Fingerabdruckkartei ein. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete sich der Kriminalologe freiwillig und fiel noch 1914. Einer seiner Mitarbeiter, der spätere Polizeipräsident von Stuttgart, nahm Harster junior zu sich und erzog ihn im national-konservativen Sinne des Gefallenen.

Wilhelm Harster machte das Abitur, studierte in München Jura und promovierte 1928 in Erlangen. Dem väterlichen Vorbild folgend, ging er in den Kriminaldienst, wurde auf Wunsch seiner Vorgesetzten in die politische Abteilung des Stuttgarter Polizeipräsidiums gesteckt und hatte von da an die Aufgabe, die Weimarer Republik vor Staatsfeinden zu schützen — auch vor nationalsozialistischen.

Harster erfüllte alle Aufgaben voller Diensteifer zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten. Als Himmler 1933 die Polizei übernahm und die politischen Abteilungen automatisch in Reinhardt Heydrichs Sicherheitspolizei (Sipo)

## Kein Interesse für Politik

Politisch stand Jurist Harster abseits. Politik interessierte ihn nicht. Jedenfalls nur insoweit, als er das „Vierparteiensystem der Weimarer Republik“ bald für gescheitert hielt, nur noch die Alternative Kommunismus oder Nationalsozialismus sah und sich für letzteren entschied. Als sogenannter „Märzgefallener“ trat er 1933 der NSDAP bei.



Im September 1944 wurde sie nach Auschwitz geschickt: Tagebuchschreiberin Anne Frank

und Sicherheitsdienst (SD) aufgingen, regte sich in Harster Widerspruch. Er wollte zur allgemeinen Kriminalpolizei versetzt werden. Doch Wünsche von Vorgesetzten waren ihm schon damals Befehl. Der Bitte des Stuttgarter Polizeipräsidenten folgend, blieb Wilhelm Harster bei der politischen Abteilung, kam später zum Reichssicherheitshauptamt nach Berlin, von dort nach dem „Anschluß“ Österreichs als Gestapo-Chef nach Innsbruck und schließlich 1940 nach Holland.

Antisemit war er eigentlich nie. Er hatte jüdische Freunde, mit denen er auch über 1933 hinaus Kontakte hielt, lehnte aber „das Judentum als Ganzes“ ab, denn es erschien ihm als „Fremdkörper“. Vom Gymnasium her ganz Humanist, „ganz auf der klassischen Seite“, hatte er nichts übrig für „Literatur und Dramatik, die nicht erhebenden Zwecken dienete“, folglich auch nichts für revolutionäre oder aufklärerische moderne Literatur, die ja oft von Juden stammte.

Wilhelm Harster, das Idealbild konservativ-bürgerlicher Bildung in Herz und Hirn, stand 1938 bereit — bereit auch den verschärften antisemitischen Kurs mitzumachen, denn: „Zum einen waren die Erfolge der NS-Regierung auf verschiedenen Gebieten nicht zu übersehen, und zum anderen erschien mir die Herauslösung des Judentums aus dem deutschen Volk nicht falsch.“

Fähig wie er war, schoben ihn seine Vorgesetzten aufs Geleise einer Blitzkarriere, wie sie selbst alte SS-Haudegen und Blut-und-Boden-Ideologen oft verwehrt blieb. 1938/1939 Gestapo-Chef in Innsbruck, avancierte er 1940 zum Befehlshaber von SD und Sipo in Holland und war schließlich ab 1943 als SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei in Italien.

Seine Taten in Holland haben ihn vor Gericht gebracht. Genau 82 856 Juden wurden während seiner Herrschaft in den Niederlanden im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage“ nach Osten transportiert. Nur wenige mehr als 1000 überlebten die Vernichtungslager Auschwitz und Mauthausen. Blutig gemacht hat er sich nie. Das laten mehrere Dutzend seiner Untergebenen, die hierfür längst gehenkt wurden. Er stellte nur die Weichen für die Todeszüge, war — wie seine Mitangeklagten Zoepf und Slottke — nur in Erlassen und Vollzugsmeldungen mit dem Massenmord befaßt.

Als Buchhalter des Todes meldete er im August 1943 in Befol-

# HEUTE

## Der Zug nach dem Osten

Von Werner Friedmann

Es hat sich jetzt bewiesen, daß man aktive Ostpolitik, von der seit Jahren bei uns nur gesprochen wurde, auch wirklich betreiben kann. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien — neben Jugoslawien der eigenwilligste Staat im Ostblock — ist nicht nur höchst erfreulich, sondern geradezu ein Durchbruch durch eine Mauer von Tabus, die mit Hilfe einer überlebten Hallstein-Doktrin jede Öffnung nach dem Osten ausschloß. Das Kabinett Kiesinger-Brandt ist zu loben für eine wahre Pionierleistung, zu der sich Adenauer und Erhard nicht aufraffen konnten.

Zugleich wird erkennbar, wie sehr man mit einer mutigen Initiative die Herren im anderen Deutschland, die nun mit einer Welle von Kritik über Bukarest herfallen, in Verlegenheit zu bringen vermag. Dies um so mehr, wenn man, wie die gesamtdeutsche Minister Herbert Wehner, unter gewissen Bedingungen — die Ulbricht freilich nicht antehemen wird — auch eine Anerkennung der DDR in den Bereich des Möglichen rückt. Pankow ist nervös geworden. Aber es konnte die Reise des sympathischen rumänischen Außenministers Manescu nach Bonn ebensowenig verhindern, wie Moskau, dem diese Eigenmächtigkeit eines Mitgliedstaates des Warschauer Pakts gar nicht in den Kram paßt. Der Krimi wird eine bereits begonnene, stark aufgebauchte Anti-Deutschland-Kampagne auf einer in Ostberlin vorgesehenen Konferenz der Außenminister aller Ostblockstaaten fortsetzen, um dem alarmierten Genossen Ulbricht bezustehen und andere Mitglieder des Warschauer Pakts daran zu hindern, dem Beispiel Rumäniens zu folgen.

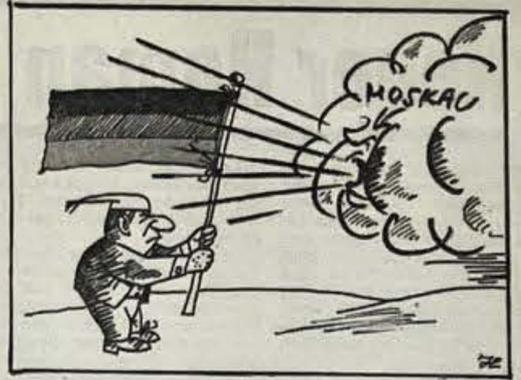
Indessen zeigen mindestens Ungarn und Bulgarien Neigung, diplomatische Beziehungen zu Bonn aufzunehmen, ohne daran besondere Bedingungen zu knüpfen. Weiterhin ist die Tschechoslowakei nicht abgeneigt, dem Lockruf der Bundesrepublik Folge zu leisten, wenn die Frage der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von 1938 eindeutig geklärt wird. Auch Jugoslawien, mit dem bereits diplomatische Beziehungen bestanden, welche infolge der Hallstein-Doktrin zu Konsulaten herabsank, könnte für einen erneuten Durchaus wünschenswerten Botschafteraustausch gewonnen werden. Lediglich mit Polen dürfte nichts zu

machen sein, so lange die Oder-Neiße-Grenze nicht endgültig und offiziell anerkannt wird — ein Schritt, der wohl am Ende einer weiten Öffnung nach Osten unausbleiblich ist und jenseits aller sentimental Hemmungen auch vernünftig wäre.

Die Frage ist, ob Moskau und Ostberlin es dahin bringen, daß Sofia, Budapest, Belgrad und Prag im Gegensatz zu Bukarest die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik von einer Anerkennung der DDR durch Bonn abhängig machen. Das wenigstens wünscht sich Ulbricht, der sich von einer gewissen Isolierung bedroht sieht — von

ten lobend hervorgehoben, wie überhaupt dieser überraschend schnelle Schritt in eine neue politische Richtung im allgemeinen ein positives Echo findet. Freilich gibt es dabei, wenn diese begrüßenswerte Entwicklung weitergeht, auch allerlei unliebsame Folgen zu bedenken. Zwar hat die Bundesrepublik Rumänien gegenüber — zum Ärger Ulbrichts — an ihrem Alleinvertretungsrecht für beide Deutschland festgehalten. In Wirklichkeit kann das nur eine Floskel sein, denn alle Ostblockstaaten einschließlich Rumänien behalten selbstverständlich auch ihre Botschafter in Ostberlin, wenn sie Beziehungen zu Bonn aufnehmen — womit sie die Souveränität der DDR und die Existenz zweier Deutschland automatisch anerkennen.

Des weiteren wäre es möglich, daß neutrale Staaten, insbesondere in Bonn vertretene Entwicklungsländer, Konsequenzen ziehen und nun auch mit Ostberlin diplomatische Bindungen eingehen, was man ihnen zwar bei uns als „unfreundlichen Akt“ auslegen, sie aber kaum daran hindern könnte. Aber dieses Risiko muß zugunsten der neuen, verheißungsvollen Ostpolitik der Bundesrepublik in Kauf genommen werden, welche min-



Der Osten lockt und droht... AZ-Zeichnung: Dieter Hanitzsch

einer Situation, in die ihn die Bundesrepublik längst hätte bringen können und sollen. Bonn kann sich auf eine solche Bedingung freilich nicht einlassen, wiewohl die Anerkennung der DDR eines Tages so oder so — aber ohne Druck von außen — erfolgen dürfte. Es wäre auch ungerechtfertigt, die Herstellung eines diplomatischen Normalzustands an eine solche Voraussetzung zu knüpfen. Schließlich werden diplomatische Beziehungen zu den USA auch nicht an die Bedingung gebunden, daß Washington etwa Rotchina anerkennt, obgleich selbst das auf Sicht unausbleiblich ist.

Jedenfalls unterstützt die Bundesrepublik mit ihren Bemühungen um die osteuropäischen Staaten den Trend zur allgemeinen Entspannung und hat endlich die höchst theoretische Forderung, daß allen Problemen voran die Wiedervereinigung erfolgen müsse, fallen lassen. Das wird auch bei unseren westlichen Alliierten

destens außenpolitisch die Große Koalition rechtfertigt.

Bedauerlich bleibt unser schlechtes Verhältnis zu Moskau, das nun einmal den angeblichen „Störenfried Westdeutschland“ aus propagandistischen Gründen braucht. Das muß und sollte gewiß kein Dauerzustand sein. Im Augenblick ist der Krimi ohnehin durch den erbitterten Konflikt mit China ebenso von Europa abgelenkt wie Amerika durch den garstigen Vietnam-Krieg. In Europa ist durch die deutsche Initiative ein Friedensschritt unternommen worden — ein Grund mehr, ruhig auch an unserem überhöhten Verteidigungsetat den Sparstift energischer anzusetzen als es bis jetzt geschieht. Hoffentlich kann Außenminister Brandt, wenn er in der kommenden Woche nach Washington fliegt, das unseren amerikanischen Freunden begreiflich machen. Und hoffentlich zeigt die Große Koalition auch hier ihren Mut...



„Von den ursprünglich 140 000 Volljuden (Hollands) ist nun der 100 000. Jude aus dem Volkskörper entfernt worden...“ Angeklagter Harster (links), einst SD-Befehlshaber in den besetzten Niederlanden, und sein Verteidiger.

gung der vom Reichssicherheitshauptamt gegebenen Richtlinien dem Reichskommissar für die besetzten Niederlande Seyß-Inquart: „Von den ursprünglich 140 000 Volljuden (Hollands) ist nun der 100 000. Jude aus dem Volkskörper entfernt worden... Ein letzter großer Zuwachs wurde am Sonntag, dem 20. Juni 1943, durch eine Großaktion in Amsterdam erreicht, bei der in 24stündigem Zugriff 5500 Juden erfaßt werden konnten.“

Hat der Angeklagte das Unrecht seines Handelns damals eingesehen? Er hat. Und er gibt es selbst zu. Denn auch vor Gericht bestät-

igt sich Dr. Wilhelm Harster als Musterbeispiel eines der Obrigkeit gegenüber loyalen Menschen, der ordnungsmäßiges Verhalten an die erste Stelle aller Tugenden setzt. Anfangs, so sagt er, habe er angenommen, die „Endlösung“ bedeute Aussiedlung, Familienzusammenführung. Später, im Jahre 1943, sei ihm angesichts der zahllosen Todesmeldungen aus Mauthausen und Auschwitz klargeworden, daß die Transporte für die Juden „in der Gesamtheit den Tod bedeuten“. Damals nicht zurückgetreten zu sein, damals weitergemacht zu haben, das sei sein Verbrechen, für das er sühnen wolle.

## Ein Liedchen für die Opfer

Mit seinem phänomenalen Gedächtnis kommt der Angeklagte dem Vorsitzenden bei diesem nur an Hand von Akten und ohne Zeugen geführten Prozeß oft zu Hilfe. Fast wortwörtlich sagt er auswendig den Inhalt von ihm belastenden Dokumenten auf. Als ihn Rechtsanwalt Robert M. Kempner — seinerzeit stellvertretender Anklagevertreter beim großen Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß und jetzt Nebenkläger von Anne Franks Vater Otto Frank — fragt, ob die „Aussiedlung“ der jüdisch-katholischen Philosophin und Karmeliterin Dr. Edith Stein und anderer jüdischer Klosterfrauen ein Racheakt gegen die katholische Kirche gewesen sei, gibt er dies unumwunden zu.

Die beiden anderen Angeklagten stehen im Schatten Dr. Harsters, doch zumindest Wilhelm Zoepf, ebenfalls Volljurist, bestätigt weitgehend das Bild, das Harster vermittelt. Auch er bekennt sich schuldig. Angeklagt der Beihilfe zum Mord in 55 382 Fällen, hat der ehemalige SS-Sturmabführer unter anderem im September 1944 den letzten der Juden-Transporte nach Auschwitz in Marsch gesetzt. In ihm befand sich Anne Frank, das kleine jüdische Mädchen, das durch seine Tagebuchaufzeichnungen nach seinem Tod weltberühmt wurde.

Zoepf, der Weichensteller auch für Anne Franks Tod, ist offenbar ein musischer Mensch. Als er bei

einem Judentransport auf einem Lastwagen ein Klavier entdeckte, sprang er gleich auf die Ladefläche und spielte seinen Opfern ein lustiges Liedchen vor. Nach dem Krieg wurde er Krankenpfleger, sowie Organist und Chorleiter am Stafelsee. Keiner kann's bestreiten: Die Musik — schon im Dritten Reich bekam er für eine Komposition den Kulturpreis der „Hauptstadt der Bewegung“ — hat es Wilhelm Zoepf angefallen. Die Musik und auch die „Pflichterfüllung“.

Gertrud Slottke, die „nur nach Diktat“ 54 982 Juden zum Gas verhalf und bei Verhandlungsbeginn kein Schulbekenntnis ablegte, tat sich nach dem Krieg als Förderin sozialer Einrichtungen und Gründerin eines lokalen „Danziger Kulturkreises“ hervor.

Alle drei hatten sie im Dritten Reich Tritt und in der Demokratie Fuß gefaßt. Am besten Dr. Wilhelm Harster, der 1956 trotz eigenhändiger Vorlage eines holländischen Gerichtsurteils über zwölf Jahre Gefängnis — von denen er die Hälfte absitzen mußte — zum Regierungsrat und 1959 zum Oberregierungsrat bei der Regierung von Oberbayern ernannt worden war.

Harster, so ließ die Pressestelle des Amtes verlauten, gab im Dienst nie Anlaß zur Klage, war nie arrogant, war kein Paragrafenreiter, nie im obrigkeitstaatlichen Denken befangen, hatte Humor, sprach gern über Autos und machte oft Überstunden.

„Buchhalter des Todes“, Artikel in der Abendzeitung München vom 4./5.2.1967 zum Prozeß gegen Wilhelm Harster

Bayerische Staatsbibliothek München

„The Bookkeeper of Death“, an article in the Munich 'Abendzeitung' newspaper, February 4/5, 1967 about the Wilhelm Harster trial